



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller** und **Fraktion (AfD)**

Digitalisierungsschub durch COVID-19-Krise – Verwaltung digitalisieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Chancen der Corona-Krise zu nutzen, um einen spürbaren Digitalisierungsschub im Freistaat zu ermöglichen.

Daher soll sie umfassende digitale Angebote der Verwaltung schaffen, welche eine hohe Benutzerfreundlichkeit aufweisen und in sämtlichen Behörden schnellstmöglich etabliert werden.

Begründung:

Die deutschen Behörden haben bis Ende 2022 Zeit, um ihre Verwaltungsleistungen auch online zur Verfügung zu stellen. Dies ist im Onlinezugangsgesetz (OZG) geregelt, welches im August 2017 in Kraft getreten ist. Knapp 600 Leistungen haben Bund, Länder und Kommunen definiert. Gerade in Zeiten der Covid-19-Krise wäre eine funktionierende digitale Verwaltung mit entsprechenden Angeboten für die Bürger erforderlich.

Leider zeigt sich jedoch, dass ein wirklich funktionsfähiges und verfügbares digitales Verwaltungsangebot in dieser Form nicht vorhanden ist. Das WDR-Projekt Docuopy recherchierte beispielsweise auf dem internen OZG-Informationsportal. Dort lässt sich der bundesweite Fortschritt nachvollziehen. Jede der knapp 600 definierten Leistungen ist hier aufgeführt und mit einem sogenannten Reifegrad versehen – also dem digitalen Ist-Zustand. Zum Stichtag am 1. März 2020 gab es flächendeckend zu 140 der Leistungen keine Informationen. Zu 405 Leistungen fand man online lediglich Hinweise zum Ausfüllen auf Papier. 17 konnte man online ausfüllen und ausdrucken. Lediglich bei drei Leistungen konnte man Anträge online abschicken.

Dieses fehlende digitale Verwaltungsangebot zeigen auch andere Indikatoren auf. Der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) zeigt, dass Deutschland im Bereich der öffentlich-digitalen Dienste hinterherhinkt. In der Europäischen Union liegt die Bundesrepublik nur noch auf dem 24. Platz.

Auch im Bereich der digitalen öffentlichen Dienste für Unternehmen hat sich Deutschland verschlechtert. Dabei hat der Normenkontrollrat bereits in einem Gutachten aus dem Jahr 2015 für Deutschland prognostiziert, dass ein wirksames E-Government 34 Prozent des bürokratischen Aufwands von Bürgern und Verwaltung einsparen würde. Viel Geld und Zeit würde so für andere Dinge zur Verfügung stehen – das ist seit langem bekannt und unabhängig von jeglicher Ansteckungsgefahr.

Dass ein breites digitales Verwaltungsangebot möglich ist, zeigen baltische Staaten. Alle estnischen Bürger haben eine elektronische Identität. Diese dient nicht nur als Zugang zu ihrem eigenen zentralen Verwaltungskonto, sie kann auch für viele private Angebote genutzt werden. Über das Verwaltungskonto gibt es einen Zugriff auf alle staatlichen Dienstleistungen – von der Steuererklärung, die meistens nur Minuten dauert, bis

zur digitalen Krankenakte. Nicht umsonst geht Estland davon aus, dass die digitale Verwaltung dem Land ungefähr ein Plus von zwei Prozent beim Bruttoinlandsprodukt beschert. Zentraler Erfolgsfaktor hinter dem estnischen E-Government und seiner breiten Akzeptanz ist die Tatsache, dass die Benutzerfreundlichkeit der öffentlichen Angebote im Mittelpunkt steht: Jeder Bürger sollte die digitalen Services verstehen und anwenden können. Nur dann werden sie auch genutzt. Überdies spielt auch Vertrauen eine große Rolle. So kann man genau nachvollziehen, wer auf die eigenen Daten zugegriffen hat. Bei Missbrauchsfällen gibt es drakonische Strafen. Ein Arzt, der Daten ungerechtfertigt weitergibt, verliert beispielsweise seine Zulassung. Deswegen kommt es kaum zu Fehlverhalten. Dieser pragmatische Ansatz beim Thema Datenschutz funktioniert trotz EU-Datenschutzgrundverordnung, die ja auch in Estland gilt.

Ein gutes digitales Verwaltungsangebot ist auch in Deutschland möglich. Die Verwaltung der Stadt Hamburg setzt etwa auf digitales Dokumentenmanagement, eRechnungen, nutzerfreundliche Websites und Kommunikationstools, ePayment und eine hohe Social-Media-Präsenz. Hierfür ist sie vom Branchenverband Bitkom zur smartesten City Deutschlands gekürt worden.

Damit Bayern diesen Beispielen folgen kann, muss ein deutlich rascherer Ausbau der digitalen Verwaltungsangebote erfolgen.